

Antrag

**der Abgeordneten Carsten Ovens, André Trepoll, Dennis Thering, Birgit Stöver,
Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt (CDU) und Fraktion**

Betr.: In Hamburg ist kein Platz für Antisemitismus

Seit über zehn Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) den Staat Israel international zu diskreditieren sowie zu isolieren und ruft in vielen Ländern dieser Welt immer häufiger zu ausnahmslosen Boykottmaßnahmen auf, welche unter anderem die Aufkündigung wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Zusammenarbeit umfassen. BDS ist damit eine in ihrer Dimension weltweit einzigartige Delegitimierungskampagne gegen Israel, zumal es keine vergleichbaren Bewegungen gegen andere Länder gibt.

Es mag nicht in der Intention eines jeden Unterstützers der BDS-Kampagne liegen, wer aber heute unter der Fahne der BDS-Bewegung zum allgemeinen Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht damit in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen. Das ist plumper Antisemitismus, wie ihn schon die Nationalsozialisten benutzt haben. Mit BDS kommt der Antisemitismus als Antizionismus daher, doch auch in den neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts ist Judenfeindlichkeit grundsätzlich zu verurteilen und abzulehnen. Daher müssen alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegenzutreten.

In den zurückliegenden Monaten hat sich in verschiedenen Ländern auch deutlicher Widerstand gegen die BDS-Bewegung gezeigt. So haben nationale wie kommunale Parlamente und Verwaltungen, wie zum Beispiel in Großbritannien und Kanada oder etwa in Frankfurt und München, Beschlüsse zur Ablehnung der BDS-Boykottaktion beschlossen. Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands verurteilte die BDS-Bewegung bereits 2016 als antisemitisch. Auch Bündnis 90/Die Grünen positionierten sich auf ihrer Hamburger Landesmitgliederversammlung im Dezember 2017 im Sinne ihres Bekenntnisses gegen Antisemitismus klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne.

Die Hamburgische Bürgerschaft

1. benennt den ideologisch motivierten und auf die Delegitimierung Israels ausgerichteten Geschichtsrevisionismus sowie die Zusammenhangsverkürzungen der BDS-Bewegung klar als solche und verurteilt diese.

Die Hamburgische Bürgerschaft ersucht zudem den Senat,

2. die in Hamburg tief verwurzelte deutsch-israelischen Freundschaft zu pflegen, Initiativen zur Förderung der bilateralen Beziehungen zwischen Hamburg und Israel zu unterstützen und sich im Rahmen der Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern einzusetzen;
3. sich im Sinne einer offenen Gesellschaft und gegen Antisemitismus klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne zu stellen und diese zu verurteilen;

4. in Zukunft und in Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern eine Aufklärungs- und Bildungsarbeit durchzuführen, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen gegenüber Israel zu verhindern;
5. dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Hamburg nicht als (Mit-)Ausrichter von Veranstaltungen auftritt oder an solchen teilnimmt, bei denen BDS-Positionen vertreten werden. Dies gilt auch für BDS ideologisch nahestehende Veranstaltungen wie die „Israeli Apartheid Week“ und Organisationen, die unter einem anderen Namen als „BDS“ dieselben Ziele verfolgen, wie zum Beispiel PACBI (Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel).